

Bericht **Jahresbericht 2016 des Gemeinderats**

Datum 7. März 2017

Zweck des Berichts

Gemäss Art. 25 der Gemeindeordnung erstattet der Gemeinderat jährlich einen Bericht über die im vergangenen Jahr erreichten Ziele und erledigten Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung. Dabei sind die im Berichtsjahr bewilligten gebundenen Ausgaben von mehr als CHF 250'000.00 darzustellen. Der Bericht wird der Gemeindeversammlung vom 6. Juni 2017 zur Kenntnisnahme gebracht.

In seinen regelmässigen Presseberichten orientiert der Gemeinderat laufend über seine Tätigkeit. Deshalb beschränkt sich dieser Jahresbericht im Sinne der Gemeindeordnung auf einige wichtige Themen von allgemeinem Interesse. Die Reihenfolge entspricht nicht einer Prioritätenliste.

Einheitsgemeinde

Im Sommer 2016 gingen beim Gemeinderat ebenso wie zeitgleich bei der Schulpflege zwei Initiativen zur Bildung einer Einheitsgemeinde, samt Prüfung der Parlamentseinführung, ein. Anlässlich eines Gesprächs beider Behörden zusammen mit den Initianten erliessen sowohl der Gemeinderat als auch die Schulpflege ein Communiqué, wonach sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen zur Revision der Gemeindeordnung und zur Bildung einer Einheitsgemeinde einigten. Den Erlass einer gemeinsamen Gemeindeordnung fassten die zwei Behörden auf die Legislaturperiode 2022-2026 ins Auge.

Daraufhin zogen die beiden Initianten ihre Eingaben zurück.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe unter dem Projekttitel Einheitsgemeinde Wallisellen 2022 erarbeitet bis Frühjahr 2018 die Grundlagen für den Entscheid über die zukünftige Gemeindeorganisation hinsichtlich der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung, wie etwa Einheitsgemeinde mit Gemeindeversammlung oder Parlament, Geschäftsprüfungskommission usw. Im Herbst 2018 sollen die nötigen Entscheide gefällt werden. Spätestens im Frühjahr 2020 stimmen die Bürgerinnen und Bürger an der Urne über die neue gemeinsame Gemeindeordnung ab, die dann auf 1. Januar 2022 in Kraft treten würde.

Verwaltungsreform

Durch das Projekt Einheitsgemeinde Wallisellen 2022 erfuhr das Legislaturziel des Gemeinderats zur Verwaltungsreform eine Änderung im Zeitplan. Anfänglich war geplant, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zeitgerecht eine Totalrevision der Gemeindeordnung zur Abstimmung zu unterbreiten, damit die Verwaltungsreform auf die Gesamterneuerungswahlen 2018 hin in Kraft treten könnte. Doch aus verfahrensökonomischen Gründen ist es wenig sinnvoll, kurz hintereinander zwei Totalrevisionen der Gemeindeordnung zur Abstimmung zu bringen.

Deshalb hat der Gemeinderat beschlossen Umsetzungsmassnahmen zu prüfen, die in seiner eigenen Kompetenz liegen und damit keiner Anpassung der Gemeindeordnung bedürfen. So kann er sich doch schon von gewissen operativen Aufgaben entlasten. Diese werden an die Verwaltung delegiert. Um welche konkreten Änderungen es sich handelt, definiert der Gemeinderat anlässlich einer Klausur im Winter 2017.

Die vollständige Umsetzung der Verwaltungsreform wird somit ebenfalls im Rahmen der Gemeindeordnungsrevision zur Einheitsgemeinde Wallisellen 2022 einfließen.

Ausgliederung Wägelwiesen Alters- und Pflegezentrum

Der Gemeinderat setzte in seinen Legislaturzielen 2014-2018 unter anderem die Überprüfung der Trägerschaft des Wägelwiesen Alters- und Pflegezentrum WAP auf die Aufgabenliste. Bisher wird das WAP als eigenwirtschaftlicher Betrieb der Gemeinde Wallisellen geführt. Um aber künftig konkurrenzfähig zu bleiben und auch zeitnah auf die Marktbedürfnisse eingehen bzw. reagieren zu können, drängt sich ein Handlungsbedarf auf.

Mit einer Ausgliederung in eine Aktiengesellschaft für andere als wirtschaftliche Zwecke – umgangssprachlich oft als "gemeinnützige Aktiengesellschaft" betitelt – sollen die Strukturen zur völligen rechtlichen Verselbständigung geschaffen werden.

Anlässlich einer Urnenabstimmung im Frühjahr 2017 können Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Vorlage befinden.

Umbau und Erweiterung Wägelwiesen Alters- und Pflegezentrum

Seit Herbst 2014 sind im WAP Um- und Erweiterungsbauarbeiten im Gange. Einerseits entstand seither ein Erweiterungsbau. Andererseits werden das 5. und 6. Obergeschoss des bisherigen Zentrumsgebäudes umgebaut.

Alle Bauarbeiten liegen im Zeitplan, so dass die offizielle Eröffnung anfangs Juni 2017 wird stattfinden können.

Gemeindehaus Plus

An der Gemeindeversammlung vom 7. Juni 2016 bewilligten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einen Projektierungskredit über CHF 1'265'000.00 zur Sanierung und Erweiterung des Gemeindehauses Wallisellen unter dem Projektnamen "Gemeindehaus Plus". Zugleich soll der Aussenraum aufgewertet und nutzungskonform gestaltet werden. Weiter verlangte ein Änderungsantrag den Nachweis für den Bau von Alterswohnungen in der Grössenordnung des Projekts aus dem Jahr 2013 zu erbringen.

Grund für den Erweiterungsbedarf ist der steigende Flächenbedarf an Büroräumlichkeiten, während der Sanierungsbedarf durch eine Häufung etlicher verschiedener Mängel im grösseren Umfang gegeben ist. So sind etwa Fassaden und Dächer undicht, was zu Wassereintritt in den Büros führt und sich in hohen Energieverbrauchskosten niederschlägt. Zudem entsprechen die Gebäude nicht mehr den baulichen Anforderungen des Brandschutzes.

Nach der Projektierungskreditbewilligung konnte das Submissionsverfahren mit Präqualifikation für die Evaluation des Planer-Teams gestartet werden. Die Beurteilung der eingereichten Projekte erfolgt anfangs 2017, so dass voraussichtlich Ende 2017 oder spätestens im Frühjahr 2018 ein Baukredit der Urnenabstimmung unterbreitet werden kann.

Finanzlage

Die Jahresrechnung 2016 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF 5,04 Mio. ab, budgetiert war ein solcher von CHF 9,50 Mio. Der Grund für das bessere Ergebnis liegt bei höheren Steuererträgen bei den Quellensteuern sowie bei Minderaufwendungen und Mehrerträgen in verschiedenen Bereichen.

Gestützt auf § 16 Abs. 4 der Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 26. September 1984 bzw. das Kreis Schreiben der Direktion der Justiz und des Innern vom 10. August 2015 wurde das Grundeigentum Finanzvermögen per 1. Januar 2016 neu bewertet. Die Neubewertungen sind erfolgsneutral und haben keinen Einfluss auf das Rechnungsergebnis 2016. Allerdings wurde die Wertkorrektur (Verlust) von CHF 1,49 Mio. direkt dem Eigenkapital belastet.

Durch den Aufwandüberschuss von CHF 5,04 Mio. und den Verlust aus der Neubewertung der Finanzliegenschaften von CHF 1,49 Mio. reduziert sich das Eigenkapital per 1. Januar 2017 auf CHF 61,71 Mio. Dem steht ein abzuschreibendes Verwaltungsvermögen von CHF 80,33 Mio. gegenüber.

Gebundene Ausgaben

Der Gemeinderat bewilligte im Jahr 2016 laut Gemeindeordnung in eigener Kompetenz gebundene Ausgaben von CHF 250'000.00 und höher für diese Projekte:

Datum GRB	Geschäft	Kredit (CHF)
08.09.2015	Hallen- und Freibad Brandschutzmassnahmen, Etappe 2016 – Budget 2016	365'040.00
27.10.2015	Schützenstrasse Abschnitt Alpen- bis Eigenheimstrasse Abschnitt Eigenheim- bis Höhenstrasse Erneuerung Fahrbahn und Erneuerung Kanalisation Erneuerung Fahrbahn (Abschnitt 1) – Budget 2016	519'500.00
27.10.2015	Schützenstrasse Abschnitt Alpen- bis Eigenheimstrasse Abschnitt Eigenheim- bis Höhenstrasse Erneuerung Fahrbahn und Erneuerung Kanalisation Erneuerung Fahrbahn (Abschnitt 2) – Budget 2016	480'500.00
27.10.2015	Schützenstrasse Abschnitt Alpen- bis Eigenheimstrasse Abschnitt Eigenheim- bis Höhenstrasse Erneuerung Fahrbahn und Erneuerung Kanalisation Erneuerung Kanalisation (Abschnitt 1) – Budget 2016	478'000.00
27.10.2015	Schützenstrasse Abschnitt Alpen- bis Eigenheimstrasse Abschnitt Eigenheim- bis Höhenstrasse Erneuerung Fahrbahn und Erneuerung Kanalisation Erneuerung Kanalisation (Abschnitt 2) – Budget 2016	465'500.00
25.12.2015	Hallen- und Freibad Brandschutzmassnahmen: Zusätzlicher Notausgang – Budget 2016	432'000.00
12.01.2016	Spitzackerstrasse Teilerneuerung Fahrbahn und Gehweg	398'000.00
09.02.2016	Schäfli-Grabenstrasse (Stichstrasse) Erneuerung Fahrbahn	399'600.00
05.04.2016	Lägernstrasse / Püntengasse Erneuerung Fahrbahn	310'500.00
05.04.2016	Sport- und Erholungszentrum Sanierung Rasenplatz	1'434'600.00
27.09.2016	Föhrlibuckstrasse 10 Brandschutztechnische Ertüchtigung Konto 7026.3140.00	380'000.00

Flughafenpolitik und SIL 2

Im November 2015 hat Bundesrätin Doris Leuthard verschiedene politische Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden und Städten im Bereich des Flughafens Zürich-Kloten zu einem Gespräch eingeladen. Das Treffen diente dazu, sich über den künftigen Flugbetrieb auszutauschen. Anlass dazu bildete der in Aussicht gestellte überarbeitete Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt SIL und das zugehörige Objektblatt für den Flughafen Zürich.

Nach der Information war festzustellen, dass sich die Gemeinden im Norden, Osten und Westen des Flughafens (N-O-W-Gemeinden) gegen eine Kanalisierung des Fluglärms zu Lasten dieser Region aussprechen und den Südgemeinden zur gleichmässigen Belastung mehr Fluglärm zumuten wollen. Diese Haltung hat die Städte Zürich, Dübendorf und Opfikon sowie die Gemeinden Dietlikon, Wangen-Brüttisellen und Wallisellen bewogen sich zusammenschliessen und gemeinsam die Interessen der Südgemeinden zu vertreten. Am 1. Februar 2016 hat dazu eine Medienorientierung der Allianz Ballungsgebiet Flughafen Süd stattgefunden. Die so gebildete Allianz bezieht folgende Positionen:

Position 1: Wirtschaftsregion

Die «Allianz Ballungsraum Flughafen Süd» anerkennt die volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zürich für die Region Zürich und die gesamte Schweiz. Sie setzt sich dafür ein, dass sich der Flughafen möglichst nachhaltig weiter entwickeln kann und dass die Bevölkerung durch den Flugbetrieb möglichst wenig belastet wird.

Position 2: Fluglärmbelastung

Die «Allianz Ballungsraum Flughafen Süd» anerkennt den Zürcher Fluglärmindex (ZFI) als Instrument zur Beurteilung der Auswirkungen des Fluglärms.

Position 3: Sicherheit

Die Erweiterung des Ostkonzepts durch neue Rollwege und Pistenverlängerungen soll als Massnahme zur Erhöhung der Sicherheit möglich bleiben. Der Pistenausbau darf nicht der Kapazitätserhöhung dienen.

Position 4: Südstarts geradeaus / Südstarts

Die «Allianz Ballungsraum Flughafen Süd» lehnt einen weiteren Ausbau der Südstarts sowie die Einführung der Südstarts geradeaus ab.

Position 5: Militärflugplatz Dübendorf

Die «Allianz Ballungsraum Flughafen Süd» lehnt die zivile Nutzung des Militärflugplatzes Dübendorf ab. Der Flugbetrieb in der Region Zürich ist als Gesamtsystem zu betrachten.

Position 6: Kompetenzen der Bundesbehörden

Die «Allianz Ballungsraum Flughafen Süd» verlangt transparentere Verfahren und die Wahrung des Mitspracherechts des Kantons. Eine weitere Verschiebung der Kompetenzen an die Bundesbehörden wird abgelehnt.

Einwohnerzahl

Ende 2016 zählte die Gemeinde Wallisellen 15'825 Einwohnerinnen und Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine weitere Zunahme der Bevölkerungszahl um 31 Personen. So weist die Statistik 1'488 zugezogene Personen und 1'457 weggezogene Personen aus.

Der Ausländeranteil liegt bei 30,38 %. Spitzenreiter der drei häufigsten Nationalitäten sind dabei einmal mehr Deutschland, Italien und Portugal.

Einbürgerungen

Im Jahr 2016 hat der Gemeinderat total 102 (Vorjahr: 69) ausländischen Personen das Bürgerrecht von Wallisellen erteilt. Die Gesuche verteilen sich auf 25 Nationalitäten. Die meisten Gesuche fallen auf die Länder Italien, Deutschland und Portugal (27 Gesuche mit 35 Personen).

Im vergangenen Jahr ist das Einbürgerungsgesuch von 2 (4) Personen abgelehnt worden.

Stellenplan

Per 31. Dezember 2016 weist der Stellenplan der politischen Gemeinde Wallisellen eine Dotierung von insgesamt 220.35 Stellen auf (in Klammern Zahlen Vorjahr):

Präsidualabteilung	9.00	Stellen	(7.90)
Betreibungsamt Wallisellen-Dietlikon	7.40	Stellen	(7.20)
Abteilung Finanzen und Liegenschaften	19.80	Stellen	(19.10)
Abteilung Gesellschaft (inkl. Angebot LUNApplus)	11.85	Stellen	(11.85)
Wägelwiesen Alters- und Pflegezentrum	124.80	Stellen	(90.50)
Abteilung Hochbau und Planung	4.10	Stellen	(4.10)
Abteilung Sicherheit	15.70	Stellen	(13.70)
Abteilung Soziales	10.20	Stellen	(9.40)
Abteilung Tiefbau und Landschaft	17.50	Stellen	(15.00)
Total	220.35	Stellen	(178.75)

Bernhard Krismer
Gemeindepräsident

Barbara Roulet
Gemeindeschreiberin

Referent: Gemeindepräsident Bernhard Krismer